

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 10

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften

Autor: Fabian, Walter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wahrer Humanität und des freiheitlichen Sozialismus durch eine eindeutige Geisteshaltung Treue zu bewahren.

Resolution zur AHV-Initiative

Der Parteitag der SPS stellt fest, daß die Renten der AHV noch ganz ungenügend sind und daß infolge der Teuerung immer breitere Schichten von AHV-Rentnern in große finanzielle Bedrängnis geraten.

1. Die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung wird beauftragt, ihren schon anläßlich der vierten AHV-Revision eingeleiteten Kampf um die Erhöhung der AHV-Renten energisch weiterzuführen.

2. Die SPS lanciert eine Volksinitiative für die Erhöhung des realen Wertes der AHV-Renten und für deren regelmäßige Anpassung an die Teuerung.

Ebenso einhellig beschloß der Parteitag hierauf, den Parteivorstand zur Lancierung des vorbereitenden Volksbegehrens auf Einführung der Gesetzesinitiative im Bund zu ermächtigen.

Resolution zum Frauenstimmrecht

In ausdrücklicher Bestätigung des sozialdemokratischen Programmes sowie zahlreicher Beschlüsse des Parteivorstandes und von Parteitagen erklärt der Parteitag der SPS in Luzern vom 4. und 5. Oktober die politische Gleichberechtigung der Frauen als eine Forderung der Demokratie und der Gerechtigkeit.

Mag der Ausschluß der Frauen von öffentlichen Angelegenheiten vor hundert Jahren der allgemeinen Anschauung entsprochen haben, heute, angesichts der in den vergangenen Jahrzehnten erfolgten Veränderungen im Leben der Frau, ihres Einsatzes in der Wirtschaft und des Standes ihrer Bildung ist eine gleiche Behandlung von Mann und Frau im Hinblick auf die grundlegenden politischen Rechte in jeder Weise gerechtfertigt, ja eine dringende Notwendigkeit.

Die SPS erwartet von allen Parteisektionen und von jedem einzelnen Parteimitglied, daß sie bei der bevorstehenden Abstimmung über das Stimm- und Wahlrecht der Frauen in eidgenössischen Angelegenheiten ihre vollen Kräfte einsetzen, damit die politische Rechtlosigkeit der Frauen in unserer Demokratie aufgehoben und die Frauen wie die Männer gleichberechtigt und gleich verantwortlich am Auf- und Ausbau unseres demokratischen Staates mitarbeiten können.

Blick in die Zeitschriften

Zur vieldiskutierten Frage der Unabhängigkeit und Einheit der deutschen Gewerkschaften nimmt *Otto Brenner*, der Vorsitzende der IG Metall, erneut in einem grundsätzlichen Aufsatz in der Zeitschrift «*Die Neue Gesellschaft*» (5) Stellung. Er befaßt sich zunächst mit der immer wieder umstrittenen Unterscheidung zwischen den Begriffen Neutralität und Unabhängigkeit und sagt dazu:

«Zunächst einmal ist festzustellen, daß die Satzung des DGB, die 1949 in München vom Gründungskongress beschlossen wurde, nicht von Neutralität spricht, sondern (in § 8, Absatz 1) erklärt, daß der DGB seine ‚Unabhängigkeit gegenüber den Regierungen, Verwaltungen, Unternehmern, Konfessionen und politischen Parteien‘ jederzeit wahren müsse. Wenn also einzelne Gewerkschaften in letzter Zeit in ihren Satzungen den mißverständlichen Begriff der ‚Neutralität‘ durch ‚Unabhängigkeit‘ ersetzt haben, so dient das lediglich der Klärung der gewerkschaftlichen Haltung gegenüber den Parteien und

ist keineswegs Ausdruck einer Revision, wie man die Öffentlichkeit glauben machen will. Parteipolitische Unabhängigkeit bedeutet aber nicht politische Abstinenz. Diese widerspricht grundsätzlich der gewerkschaftlichen Aufgabe, die Arbeitnehmerinteressen zu vertreten. Es versteht sich, daß in einer Gesellschaft mit privatwirtschaftlich-kapitalistischer Struktur wie der unsrigen die Politik der Gewerkschaften oftmals im Gegensatz zur Politik der wirtschaftlich und politisch herrschenden Kreise steht. Doch ebenso wenig wie sich die Politik der Unternehmer auf rein soziale Fragen beschränkt, können die Gewerkschaften in ihrem Kampf für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder und der gesamten Arbeitnehmerschaft auf eine Stellungnahme zu den großen politischen Fragen verzichten. So sehr sie ihre Unabhängigkeit wahren müssen, so wenig können sie den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik übersehen und sich zum politischen Schweigen verurteilen lassen. Bei aller parteipolitischen Unabhängigkeit müssen die Gewerkschaften naturgemäß ihr Augenmerk auf die Tätigkeit der Parteien richten, und dadurch ergibt sich zwanglos ihre engere oder weitere Distanz zu dieser oder jener Partei. Die Parteien haben keinen Grund, sich darüber zu beklagen. Wenn sie die Unterstützung der Gewerkschaften finden oder berechtigter gewerkschaftlicher Kritik begegnen wollen, so steht es ihnen frei, eine Politik zu betreiben, die den von den Gewerkschaften vertretenen Arbeitnehmerinteressen entspricht. Die Gewerkschaften müssen in jedem Falle alle politischen Maßnahmen daraufhin prüfen, ob sie den Arbeitnehmern dienen, und unter diesem Gesichtspunkt die Tätigkeit aller Parteien ohne Ausnahme beurteilen.»

«In der Bundesrepublik ist es leider so», fährt Otto Brenner fort, «daß die Politik der seit 1949 maßgebenden Parteien die besitzenden Schichten – das Unternehmertum – so eindeutig bevorzugt, daß die Gewerkschaften ständig gezwungen sind, sich dagegen zu wenden. Wenn die arbeitenden Menschen in ihrer Lebenshaltung und in ihren Arbeitsverhältnissen heute erheblich besser gestellt sind als vor zehn Jahren, so ist das nicht der arbeitnehmer- oder gewerkschaftsfreundlichen Haltung der Arbeitgeber zu danken, sondern lediglich dem zähen Kampf der Gewerkschaften um einen höheren Anteil der arbeitenden Menschen am Sozialprodukt. Diesen Kampf mußten die Gewerkschaften nicht nur gegen die Unternehmer, sondern ebenso sehr gegen die Bundesregierung führen.»

Zum Schluß gibt Otto Brenner seiner Überzeugung Ausdruck, daß alle Bemühungen um Spaltung der Gewerkschaften zum Scheitern verurteilt sind. Er sagt wörtlich:

«Daß die Einheit unter allen Umständen gewahrt bleiben muß, ist für uns gar keine Frage. Wir halten sie allerdings nicht schon deshalb für gefährdet, weil eine kleine Gruppe mit der Spaltung droht, denn wir sind der festen Überzeugung, daß ein derartiger Versuch diesmal genau so scheitern wird wie zuvor und daß die überwältigende Mehrheit der organisierten Arbeitnehmer der Einheitsgewerkschaft treu bleiben wird. Wir werden uns auch durch noch so lautes Geschrei nicht von den demokratischen Prinzipien in unseren Organisationen abbringen lassen. Wir werden die notwendigen Auseinandersetzungen, die ein unentbehrliches Element demokratischer Willensbildung sind, im Geiste der Toleranz und in demokratischen Formen führen. Aber wir werden uns ebenso entschlossen gegen alle weiteren Versuche wenden, die gewerkschaftliche Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit von außen zu steuern und die Grundsätze gewerkschaftlicher Arbeit in Frage zu stellen.»

*

Über die wirtschaftlichen und sozialen *Probleme der Entwicklungsländer* sind neuerdings eine Reihe von Spezialuntersuchungen erschienen, auf die wir hier kurz hinweisen wollen.

In der österreichischen Monatsschrift «Arbeit und Wirtschaft» (10) bespricht Dr. Hans Meinrad die wirtschaftliche Situation in Ägypten und den angrenzenden Nahoststaaten und deutet auf die Möglichkeiten hin, die sich durch die kürzlich verabschiedete UNO-Resolution ergeben: daß nämlich über die Arabische Entwicklungsbank nun auch Auslandskapital in die Mitgliedstaaten der Arabischen Liga hineingeschleust werden soll – «eine Art *Nahost-Marshall-Plan* auf Anleihebasis, der mit Hilfe eines ausreichenden Kapitaleinsatzes auch zu einer politischen Befriedung in diesem Raum beitragen könnte». In demselben Heft finden wir eine wichtige Untersuchung über die kritische Situation in *Kuweit* und eine weitere über die Wirtschaftsprobleme des *Irak*.

Die großen Schwierigkeiten einer Industrialisierung *Tunesiens* stellt Dr. Erich Sevin in «*Der Volkswirt*» (40) dar; der Verfasser kommt zu dem Schluß: «Trotz einigen Großbetrieben steht die Industrialisierung Tunesiens in den allerersten Anfängen, und es ist nicht abzusehen, woher das Kapital für eine Beschleunigung dieser Industrialisierung kommen soll und wie lange die Bevölkerung auf die Besserung ihres Lebensstandards zu warten gewillt ist.»

Ganz anders steht es, dank dem starken Einsatz von Staatshilfe, um die Industrialisierung *Israels*, worüber «*Der Volkswirt*» (37) kürzlich berichtete. Der Verfasser, Dr. Paul Arnsberg, schließt seine Darstellung mit den Sätzen: «Es dürfte kaum ein Land zurzeit geben, wo die Regierung so großzügig den industriellen Investoren zur Hand geht wie in Israel. Diese Regierungshilfe wird so freigebig gewährt, daß manche private Investoren davon absehen, selbst ein Risiko zu übernehmen, da sie es ganz einfach nicht nötig haben. Insoweit kann man beinahe von einer ‚Sozialisierung‘ der privaten industriellen Initiative sprechen.» – Über den *Wohnungsbau* in Israel lesen wir in der Hamburger Zeitschrift «*Neue Heimat*» (9) einen sehr instruktiven, prachtvoll illustrierten Aufsatz von H. Umrath.

Probleme der Gewerkschaftsarbeit in *Afrika* werden in Nr. 8 der «*Freigewerkschaftlichen Nachrichten der AFL-CIO*» behandelt; es schreibt dort aus genauerster Sachkenntnis Arthur W. Ochwada, der stellvertretende Generalsekretär der Gewerkschaftsföderation Kenias. Außerdem berichtet Robert Bothereau, der Generalsekretär der französischen Gewerkschaft Force Ouvrière, über die Arbeit freier Gewerkschaften in *Französisch-Zentralafrika*. – Über den Bau einer großen Aluminiumbasis in *Belgisch-Kongo*, das Inga-Projekt, informiert Dr. Markus Timmler in «*Der Volkswirt*» (38).

Über Wirtschaft und Erziehung in *Pakistan* veröffentlicht «*Die Deutsche Berufs- und Fachschule*» (9) einen Aufsatz von Dr. Heinz Lamprecht; der Autor schließt mit folgender Prognose: «Der industrielle Fortschritt wird einmal die Grundlage des pakistanschen Reichtums bilden. Die Industrialisierung des Landes schreitet ständig fort. Noch aber liegt die schwerste Arbeit der Regierung in den Dörfern Pakistans, dessen Bevölkerung zu 85 Prozent auf dem Lande lebt, Die Förderung des flachen Landes zu betreiben und die Industrialisierung der Wirtschaft nicht zu vernachlässigen, zu sorgen, daß zwischen der angebrochenen Neuzeit und der Bewahrung altväterlichen Brauchtums kein geistiger und wirtschaftlicher Bruch entsteht, das ist eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung der Islamischen Republik Pakistan.»

*

«*Die Gegenwart*» (20) macht uns in verdankenswerter Weise mit einem Bericht über einen Besuch im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz bekannt, den der ständige Korrespondent der «*New York Times*» in Polen kürzlich veröffentlicht hat. Wir zitieren einige Absätze dieser Schilderung eines Besuchs in Brzezinka und Oswiecim, zwei südpolnischen Ortschaften, die zusammen «einen Teil jener sorgfältig eingerichteten Schreckens- und Todesfabrik bildeten, die bei den Nazi das Konzentrationslager Auschwitz hieß»:

«Heute, vierzehn Jahre, nachdem das letzte Bündel Gefangener von Hunden und Aufsehern nackt in die Gaskammern getrieben wurde, ist die Geschichte von Auschwitz viele Male berichtet worden. Einige der Insassen haben jene Erinnerungen aufgezeichnet, die normale Menschen gar nicht auszudenken vermögen... Hier starben vier Millionen Menschen, sagen die Polen. – Brzecinka und Oswiecim sind jetzt sehr stille Orte, die Schreie sind nicht mehr zu hören. Der Tourist geht leise, zuerst rasch, um alles hinter sich zu bringen, und dann, wenn seine Phantasie die Baracken und die Kammern und die Gefängnisse und die Prügelpfähle belebt, geht er zögernd... Für jeden Besucher gibt es irgendein besonderes Schreckensdetail, von dem er weiß, daß er es niemals vergessen wird. Für einige ist es der Anblick der wiederaufgebauten Gaskammer in Oswiecim, wenn man ihnen sagt, dies sei ‚die kleine‘. Für andere ist es die Tatsache, daß in Brzezinka auf den Trümmern der Gaskammern und Krematorien, welche die Deutschen bei ihrem Rückzug in die Luft gesprengt haben, Gänseblümchen blühen. – Es gibt Besucher, die verwirrt auf die Gaskammern und die Öfen starren, weil ihre Vorstellungskraft es einfach nicht fassen kann, die aber schaudernd vor den hohen Wällen von Menschenhaar hinter Glasfenstern stehen oder vor den Haufen Kinderschuhen oder vor den Backsteinzellen, wo die Menschen eingemauert wurden, die zum Erstickungstod verurteilt waren. – Ein langer Korridor, wo Reihen von Gesichtern von den Wänden starren. Tausende von Bildern, die Photographien Gefangener. Sie sind jetzt alle tot, die Männer und Frauen, die vor den Photoapparaten standen, und sie alle wußten, daß sie zu sterben hatten.»

In derselben Nummer veröffentlicht «Die Gegenwart» den Wortlaut des Gutachtens, das der Historiker Dr. Michael Freund dem Landessozialgericht Schleswig erstattete, bei dem die Witwe Heydrichs erfolgreich auf Zuerkennung ihrer Rente klagte. Aus diesem Gutachten, das man unbedingt in seinem ganzen Umfang lesen sollte, können wir nur einige Sätze zitieren, die Heydrich kennzeichnen:

«Es ist für die Beurteilung der Rechtsnatur des Geschehens am 27. Mai 1942 von der allergrößten Bedeutung, daß der Ermordete für eines der größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts, die Ermordung von Millionen von Juden und anderen Menschen, unmittelbar verantwortlich ist, daß er die Methoden dieses Verbrechens mit einer bemerkenswerten, ja phantastischen organisatorischen Begabung erdacht und durchgeführt hat. Er ist dadurch auch mitverantwortlich für das zweite weltgeschichtliche Verbrechen des 20. Jahrhunderts, die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten, weil er die Maschine der Umsiedlung und der Ausrottung fremder und unerwünschter Volksgruppen erdacht und geschaffen hat. Er ist der erste, der im alten Europa bewußt die Vorstellung hat, eine volksmäßige Flurbereinigung in Mittel- und Osteuropa durch die Ausrottung ganzer Völker, durch den Völkermord, das Genocidium, durchzuführen. Er ist eine der großen Verbrechergestalten der Geschichte und eine der wichtigsten Figuren des Dritten Reiches. Er hat in keiner Darstellung des Dritten Reiches noch den ihm gebührenden Platz gefunden. Er ist ein Mann von überragender Bedeutung, in ihm findet der Gesinnungsverbrecher luziferisches Format.»

Schließlich liest man in derselben Nummer der «Gegenwart» in einer Betrachtung über die Volkszählung in der Sowjetunion, die im Januar 1959 zur Durchführung kommt, daß die Bevölkerung der SU zwischen 1941 und 1945 um beinahe 24 Millionen oder 12 Prozent zurückgegangen war. 24 Millionen Menschen kostete Rußland der Krieg, den Hitlerdeutschland im Sommer 1941 gegen die SU entfesselte. Auch das sollten wir nicht vergessen. Vielleicht würden wir dann manches spätere Ereignis zwar nicht entschuldbarer, aber verständlicher finden.

Walter Fabian